

# Erzähler vom Westermwald

## Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage  
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abdruck für Drahtnachrichten:  
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72.

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für  
Landwirtschaft, Holz- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei  
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 274

Bezugspreis: vierteljährlich 2,70 M.,  
monatlich 90 Pf., mit Frachtlohn durch die  
Post 2,55 M., bezw. 85 Pf., ohne Frachtlohn.

Während des Krieges müßten die Freilagen wegfallen.

Hachenburg, Montag den 25. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):  
die sechsgespaltene Zeile oder deren  
Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf.

11. Jahrg.

### An die heimkehrenden Soldaten!

Berlin, 22. November.

Kameraden! Die deutsche Republik heißt euch  
in Herzen willkommen in eurer Heimat! Ihr  
seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr  
nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von  
Macht und Besitz unter sich verteilt  
war. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen,  
während Hunderttausende neben euch schweigen  
und sterben mußten. Jetzt kommt ihr ins eigene  
Land zurück, in dem künftig niemand etwas  
sagen und zu bestimmen hat als das Volk  
selbst, in das ihr euch nun wieder einfügt.

Die Revolution hat den Bann gebrochen: Ihr  
seid wir, Deutschland ist frei, unsere sozialistische  
Republik soll als freies in den Bund der Völker  
eintreten. Ihr findet aber nicht nur die politischen  
Verhältnisse, die euch bisher vorenthalten waren, die  
Heimat soll auch wirtschaftlich euer Besitz  
werden, in dem euch nach unserem Willen  
mehr ausbenten und knechten soll.

Die Reichsregierung, die das Vertrauen eurer  
Kameraden und der Arbeiter berufen hat und  
sich will euch Arbeit schaffen, Schutz bei der  
Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit.  
Arbeit, Erwerbslosengeld, Arbeits-  
losenversicherung, Krankenversicherung,  
Vermehrung der Wohnungsmittel, Sozialisierung der  
Landwirtschaft, alles ist im Werden, ist  
Teil schon schon! Kommt und seid wil-  
kommen als die Männer, welche die Träger der  
neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen!

Gerne, ihr findet bei uns Knappheit an  
Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern.  
Im Lande herrschen Not und Entbehrung, helfen  
uns mit gemeinsamer Arbeit, solidarisches  
Handeln. Nur ein Deutschland, das eine ge-  
ordnete, in den Arbeitern und Soldaten ver-  
traute Regierung besitzt, kann von unsern bis-  
herigen Gegnern das erreichen, was ihr seit vier  
Jahren erkämpft und erringt habt: den Frieden!

Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Daele, Scheidemann, Dittmann,  
Landsberg, Barth.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hat der  
Reichsausschuß für die Demobilisierung eingeführt. Da-  
nach wird die Befreiung der Enteignung von Grund-  
besitz und von Rechten an Grundbesitz, das von  
Korporationen des öffentlichen Rechts in Anspruch ge-  
nommen wird, um Störungen des Wirtschaftslebens in  
folge der wirtschaftlichen Demobilisierung durch Be-  
haltung von Arbeitsstellen, insbesondere durch Vor-  
nahme von Notstandsarbeiten, vorzubeugen oder abzu-  
mildern, von dem Demobilisierungsausschuß nach An-  
ordnung des Reichsausschusses ausgesprochen.

+ Das neue Programm der Nationalen Liberalen weist  
u. a. folgende Hauptpunkte auf: Wahrung der Reichseinheit  
und Vereinigung der deutschen Länder mit dem  
Reich; Unverletzlichkeit der Selbstverwaltung; Herstellung der  
Reinheit für Wort und Schrift; Verein und Versammlung;  
Etablierung eines Volksrates nach den Erfahrungen dieses  
Krieges; Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen  
Leben; Reichsversicherungen und Reichsversicherungen;  
Unterstützung der Arbeiter, Beamten und Angehörigen des  
Unternehmenswesens; Ausbau der Sozialpolitik  
durch Schaffung neuer Rechtsformen für das Verhältnis  
der Angestellten und Arbeiter zu den Unternehmern, aus-  
reichende Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer und  
höhere Erhaltung der Kriegsgewinne; schleunige Ein-  
führung einer Verfassungs- und gesetzgebenden Körperschaft; schleunige Verwirklichung des Friedens.

+ Es ist vorläufig keine Truppenentsendung nach Polen  
beabsichtigt, wie von polnischen Seite erklärt wird. Es  
soll darüber noch Bescheid gesagt werden. Die polnische  
Soldatenrat fordert, daß nur „bodenständige“, d. h. in  
der Provinz selbst geborene Truppen in Polen verbleiben.  
Auch die polnischen Parteien sind überein, daß das neue  
Provisorische Landesparlament bereit ist, auch die Verlegung  
der meisten Provinzen in verstärktem Maße zu betreiben.

In Polen hat sich ein „liberaler“ polnischer Ratgeber ge-  
bildet, der für den 8. Dezember sollen zu einem „Rei-  
chsausschußlandestag“ anberaumt sein.

Amerika.

+ Zu der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands  
äußert sich das Nahrungsmittelamt der Vereinigten Staaten  
in einem Aufruf zur Sparsamkeit. Es heißt darin: Wenn  
wir jetzt zu sparen aufhören, so ist das gleichbedeutend  
mit: den Feinden der Menschheit zu helfen. Für lange  
Zeit werden wir die neutralen Staaten sowie die eigenen  
Soldaten mit Lebensmitteln zu versorgen haben. Dazu  
kommt noch, daß wir sogar noch mit den besiegten Feinden  
zu teilen haben werden. Auf keine andere Weise kann die  
Notlage in Deutschland und in Europa überhaupt  
wiederhergestellt werden.

Russland und Ausland.

Berlin, 22. Nov. Zur Verbesserung einer besseren  
Nahrungsvorsorge sind das Nahrungsmittelamt der Vereinigten Staaten,  
der Reichsausschuß für die Demobilisierung und ein Mitglied des Kriegs-  
ministeriums nach Deutschland gekommen.

Budapest, 22. Nov. Josef von Salsburg-Notbringen  
erschien heute vor dem Reichsausschuß und hat seine  
gesamte Arbeit für die Verteilung unter das Volk an. Der  
Reichsausschuß nahm dieses Angebot dankend zur Kenntnis.

Wien, 22. Nov. Gestern wurde eine Verordnung des  
Staatsrats veröffentlicht, wonach alle Feldmarschälle,  
Generäle, Generale und viele Stabschefs in den  
Ruhestand versetzt werden.

Wien, 22. Nov. Hier ist die lettische Republik aus-  
gerufen worden mit dem Landesfarben rot-weiß-rot.

Wien, 22. Nov. Der deutsche Soldatenrat hat be-  
schlossen, die deutschen Truppen solange in Ruhestand zu lassen,  
bis das deutsche Material im Wert von 500 Millionen ab-  
transportiert ist.

Washington, 22. Nov. Der Papst hat an Wilson ein  
Schreiben geschickt, in dem er um Zulassung zum Friedens-  
konferenz ersucht.

London, 22. Nov. Bei feindlichen Luftangriffen und  
Beschleichen wurden in England insgesamt 488 Personen  
getötet und 1014 verwundet. Die Reparaturkosten für an-  
geschädigte Privatsachen werden auf 617 773 Pfund Sterling  
geschätzt.

Wien, 22. Nov. Eine hervorragende südslawische Persön-  
lichkeit erklärte in der „Neuen Freien Presse“, daß die  
tschechische Mobilisation das Ziel verfolge, die Italiener aus  
den südslawischen Gebieten hinauszutreiben und daß man  
erwarte, daß die Entente das Eingreifen gegen die Italiener  
unterstütze.

Budapest, 22. Nov. Das Kriegsministerium betrachtet  
mit Sorge die Lage in Oberungarn. Dort haben sich  
bereits feindliche Truppen eingestellt. Die Tschechen leugnen  
diese Truppen in Ungarn, aber man hat Kenntnis, daß  
es sich um größere, geschlossene, reguläre Truppeneinheiten  
handelt.

Wien, 22. Nov. Nach der „Neuen Presse“ haben die  
Tschechen sich bereit erklärt, die Kohlenabfuhr vom  
Ostböhmer Kaiser nach Deutschland zu gestatten, in  
der Hauptstadt wegen der Gefahr, daß die Kohle sich wegen  
der großen Anbahnung entzündet. Es finden bereits Ver-  
sprechungen wegen Einstellung der nötigen Waggons statt.

Wien, 22. Nov. Das Gebiet von Tirol ist von Deutsch-  
Österreich abgetrennt. Wie die „Reichspost“ mitteilen  
kann, hat Tirol seine Selbstständigkeit erklärt. Von einer  
Beibehaltung der Nationalversammlung in Wien könne  
solange keine Rede sein, als nicht über die endgültige  
Regierung in Tirol entschieden sei.

### „Ohne Nationalversammlung kein Frieden.“

Erklärung Scheidemanns.

Die am nächsten Montag beginnenden Verhandlungen  
zwischen der Reichsregierung und den Einzelregierungen  
sollen, wie von unterrichteter Seite verlautet, alle bisher  
noch schwebenden Zweifel über die Einseitigkeit der Re-  
gierung beseitigen und auch in der Frage der National-  
versammlung bestimmte Gesichtspunkte aufstellen.

In einer Rede vor Vertretern der Presse sprach  
sich der Reichsausschuß Scheidemann dahin aus, daß es  
dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalver-  
sammlung so schnell als möglich einzuberufen. Über diese  
Frage besteht in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne  
die Nationalversammlung würden wir keinen Frieden  
bekommen.

Die kirchliche Mitteilung, die Wahlen zur National-  
versammlung sollten bereits am 2. Januar beginnen und  
die Versammlung am 2. Februar zusammentreten, war  
tatsächlich aus einem Entwurf, der noch keinen Beschluß  
darstellte, an die Öffentlichkeit gelangt. Die Nichtig-  
keit, daß noch kein bestimmter Termin festgelegt ist,  
hat Verwirrung hervorgerufen. Das war verständlich,  
aber es darf heute gesagt werden, daß alle maßgebenden  
Stellen einig und entschlossen zur Einkleidung sind, sobald  
die technischen Schwierigkeiten es möglich machen.

### Gegen die Berliner Vorherrschaft.

Besonders in den süddeutschen und südwestdeutschen,  
aus den ehemaligen Bundesstaaten gebildeten Republiken  
trat sich starke Abneigung, sich den wohl in der Haupt-

### Russischer Versuch in Berlin.

In der Nacht zum Freitag begaben sich einige Hundert  
Anhänger der Spartakusgruppe nach dem Reichspräsi-  
dium am Alexanderplatz, um angeblich inhaftierte politische  
Gefangene zu befreien. Als einige Personen  
plötzlich in das Reichspräsidenten eintraten, trat ihnen  
die Sicherheitsmannschaft entgegen. Es gelang ihr die  
Eindringlinge festzunehmen. Im Handgemenge wurden  
zwei Personen schwer verletzt, ein Mann getötet.

### Der grausame Waffenstillstand.

Die Verantwortung feierlich und vor aller Welt abgelehnt.

Trotz aller Bittgesuche, trotz aller Beweise für die  
Unausführbarkeit der arbeitslosen Waffenstillstands-  
bedingungen, denen wir uns unterwerfen mußten, schallen  
von jenseits des Kanals abweisende und fast verhöhrende  
Stimmen unserer Not entgegen. So sagte der liberale  
Führer Asquith anlässlich einer Unterredung über den  
fürstlichen Appell des Fürsten Vichowsky, die Waffenstil-  
standsbedingungen gingen keinesfalls in seiner Weise  
über das hinaus, was die Sachlage gerechterweise erfordere.  
Deutschland habe sie sich selbst zuschreiben. Und mit  
einer ähnlichen rücksichtslosen Äußerung schloß sich der  
frühere Kriegsminister Balfour an, den man zur Zeit  
der kriegswichtigen Hochflut in England als deutschfreund-  
lich verdächtigte.

### Ein deutscher Protest

ist von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstands-  
kommission, dem Staatssekretär Erharder, an die  
Gesandtschaft abgegeben worden, nachdem Marschall Foch  
dem General v. Winterfeldt in Spa geantwortet hatte,  
dessen Forderungen über Erleichterung der Bedingungen  
keine Folge gegeben werden. In dem Protest  
heißt es, nachdem auf die völlig veränderten Verhältnisse  
und die unzumutbare Lage Deutschlands, die durch den  
Stillstand zur Aufhebung der Bedingungen geführt haben.

Es kann nur angenommen werden, daß es die Absicht  
des Oberbefehlshabers der Alliierten ist, nach Wahrung des  
Waffenstillstandes ein Meer von Soldaten nach zu ver-  
schieben, das während 30 Monaten gegen übermächtige  
Gewalt ruhend gehalten hat, und dessen Front bei  
Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war.  
Daher durch die schonungslose Ausnutzung der letzten  
Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen  
Frauen und Kindern von Anarchie und Hungergefahr bedroht  
werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem  
Nachdruck herbeigehoben worden. Diese den Geboten der  
Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei  
Beachtung gefunden zu haben.

Schließlich wird erklärt, daß Deutschland auch weiter-  
hin alles tun wird, was in menschlichen Kräften steht, um das  
Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß  
aber für eine geordnete und bündliche Durchführung der  
erzwingenden Bedingungen keine Gewähr übernommen  
werden kann und daß die Verantwortung für alle weiteren  
Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze  
westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller  
Welt abgelehnt wird.

Staatssekretär Erharder läßt noch bekanntgeben,  
daß alle Verbesserungen, welche die Waffenstillstands-  
kommission vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erreicht  
habe durch den Einfluß des Vorschlagsausschusses des  
Berliner VSA veranlaßten Verbesserungen zu unterwerfen.  
Nachdem schon in Bayern dieser Widerstand deutsche  
Abkündigungen hervorgerufen hat, tritt nun auch  
die heftige Staatsregierung auf den Plan. Sie sanfte  
folgenden Protest an die Reichsregierung:

Die heftige Regierung erhebt bei der Reichsregierung  
schärfsten Protest gegen die Ausnutzung der Einzelkämpfer  
und gegen die Nichtbeachtung dieser Einzelkämpfer durch  
den Krieg von Seiten und Verhandlungen. Die heftige  
Regierung verlangt unter allen Umständen strenge Ein-  
haltung der Nationalversammlung. Durch das  
Fortbestehen des geistigen Zustandes wird der Reaktion  
in die Hände gearbeitet und andererseits die Gefahr ver-  
größert, daß die Entente sich in die innerdeutschen Verhält-  
nisse einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet  
wird. Wir wollen nicht anstelle der glücklicherweise ver-  
nichteten preussischen Militärautokratie eine einseitige  
preussische Diktatur einrichten.

Nach aus Karlsruhe und Stuttgart werden ähn-  
liche Erklärungen gemeldet, während in Sachsen und  
dem Rheinland in den Zentren vornehmlich die kom-  
munistischen Elemente die Oberhand gewonnen haben.  
So wurde in Düsseldorf von den Vertretern der Sozialist-  
engruppe ein Manifest verlesen unterzeichnet mit der Aufsicht,  
die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Der Ober-  
bürgermeister wurde verhaftet, später aber wieder frei-  
gelassen. Auch erhielt der VSA eine Verfügung, wonach  
beim Einzug der Truppen nur rote Fahnen gezeigt werden  
dürften. In Chemnitz löste der VSA gewalttätig die  
Stadtkommandantur auf. In Hamburg dagegen  
sind angeblich durch Militär unterhaltene Verbände im  
Gange, das letzte radikale Regiment zu liquidieren und den  
gemäßigten Sozialisten zur Herrschaft zu verhelfen.



hat, soll aufrechterhalten bleiben; weitere Weiterungen sind jedoch nicht erreicht worden.

#### Elßaß-Lothringen und links Rheinflufer.

In Elßaß-Lothringen können alle demobilgemachten Personen einschließlich der Offiziere, die bereits dort sind oder dorthin entlassen werden, verbleiben oder dorthin zurückkehren. Für die besetzten Gebiete auf dem linken Rheinflufer gilt, daß alle demobilgemachten Personen einschließlich der Offiziere dort verbleiben oder zurückkehren können, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Aber die Art der Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiet ist noch nichts verfügt. Dagegen besteht vollkommene Übereinstimmung, daß die deutsche Verwaltung im linksrheinischen Gebiet während der Zeit der Besetzung bestehen bleibt. Der Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit ist gewährleistet.

### Die Flagggefahr — Übergabe unserer Flotte.

Die deutsche Regierung bemüht sich, den Bedingungen des uns aufgezwungenen schwachen Waffenstillstandes gerecht zu werden, um noch schlimmeres zu verhindern. So ist nunmehr auch unsere Flotte ausgeliefert worden, worüber folgende Meldungen vorliegen.

London, 22. November.

Der Oberbefehlshaber der englischen Großen Flotte traf mit dem ersten und Hauptteil der deutschen Hochseeflotte zusammen, die zur Internierung übergeben wurde.

Die englische Flotte hatte aus Angst vor einem Überfall durch die deutsche Flotte klar zum Gescheit gemacht. Die Übergabe erfolgte etwa 80 Meilen östlich der Insel Wight. Es wurden alle in den Bedingungen geforderten Schiffe übergeben mit Ausnahme eines Schlachtschiffes, eines Schlachtkreuzers und eines leichten Kreuzers, die nachgeliefert werden. Ein leichter deutscher Kreuzer lief auf eine Mine und sank. Die deutschen Schiffe wurden nach der Rindung des Firth of Forth gebracht. Insgesamt erhielten die Engländer bis jetzt: 9 Schlachtschiffe, 5 Schlachtkreuzer, 7 leichte Kreuzer und 50 Zerstörer.

#### Wissachtung durch die Engländer.

Das Deutsche Bureau berichtet über die Übergabe der deutschen U-Boote: „Nüchternkeit seitens der Engländer und unterdrückte Mißstimmung bei den Deutschen kennzeichneten die Übergabe der U-Boote. Es herrschte bemerkenswerte Stille. Der britische Admiral hatte jede Rundgebung und Verbrüderung verboten.“ Ein britischer Admiral bemerkte zu dem Korrespondenten von Reuters: „Wir werden sie behandeln mit der Wissachtung, die sie verdienen, aber Ausbreitungen wird es nicht geben. Alles wird nach der Eskorte der Marine erfolgen.“ Die Engländer kamen 5 Meilen vor Falmouth an Bord der U-Boote. Die britischen Mannschaften nahmen Aufstellung auf dem Hinterschiff, die deutschen auf dem Vorderdeck und die Boote fuhren nach Harwich. Tausende von Menschen an den Ufern beobachteten ebenfalls das vollkommene Stillschweigen.

#### Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenschaft.

Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß unsere in feindlicher Gefangenschaft befindlichen Soldaten nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der zerstörten Teile Belgiens und Frankreichs dort zurückbehalten würden. Wie amtlich

erklärt wird, sind alle solche Gerüchte unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Marshalls Hoch folgendes durchgesetzt:

1. Die Heimförderung der in Holland und der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen wird wie bisher weitergehen.

2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Verköstigung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw.) bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.

Endlich ist noch vereinbart worden, daß die endgültige Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden soll. Die falschen Gerüchte sind offenbar auf dem Umstand zurückzuführen, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückgeben muß, seine eigenen aber nicht erhält.

#### Waffentransport aus dem Osten.

In den nächsten Tagen beginnt der Rücktransport in Oost. Damit ist auf einen starken Rückstrom des sogenannten Oostkrieges, d. h. der Schiene der Darlehnslosen Oost nach Deutschland zu rechnen. Um jeder Beunruhigung vorzubeugen, werden die Reichsbanken, die großen Banken und die Reichspost in allen Teilen des Reiches das Oostgeld in Zahlung nehmen.

#### Verstärkte Meldungen.

Warschau, 22. Nov. Die polnischen Behörden verhafteten den in Lodz zurückgebliebenen Polizeikommissar Froberg. Die wütende Volksmenge wollte ihn auf der Stelle töten. Den polnischen Legionären gelang es mit großer Mühe, Froberg zu retten, und man brachte ihn in ein Gefängnis, wo er aber während der Nacht Selbstmord durch Erhängen beging.

Köln, 22. Nov. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurden auf Befehl des Generalfeldmarschalls Hoch alle Soldaten- und Arbeiterkräfte in den von französischen Truppen bisher besetzten Garnisonen in Elßaß-Lothringen aufgehoben.

### Deutschland und Rußland.

#### Eine energische deutsche Note.

Berlin, 22. November.

Die Deutsche Regierung hat an die Moskauer Regierung eine Note gerichtet, in der sie fordert, daß die russische Regierung die gegenwärtige deutsche Völkregierung anerkennt und sich jeder Einwirkung auf die Bildung einer anderen Regierung enthält, und daß sie eine Klarstellung der Vorgänge bei der Internierung und Gefangensetzung der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg herbeiführt.

Diese Note erwies sich als notwendig mit Rücksicht auf die Forderungen der russischen Regierung, die das deutsche Volk zur Bildung einer Gewalt- und Klassenregierung auffordern. Ferner erfordern die Vorgänge bei den Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg unbedingt sofortige Klarstellung.

### Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 25. November.

Was unser Herz bewegt, und wie willkommen uns die heimkehrenden Feldgrauen sind, zeigt der fröhliche Schmutz unseres Städtchens. Unsere Gegend wird von

der 7. Armee (siehe Bekanntmachung in heutiger Nummer) durchzogen, was einige Tage bei der großen Heeresstärke in Anspruch nehmen wird. Die beste Aufnahme dafür ist allen durchziehenden Mannschaften gewiß.

\* Gestern sprach im Friedrich'schen Saale vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft Herr Pfarrer Dr. Carl Stein-Neufeld über die gegenwärtige Lage, wobei er in die Tiefe der Meinungen und Gefühle, die die Lage in den verschiedensten Kreisen ausgelöst hat, eine Klärung zu bringen suchte. Nachdenken über das, was vergangen ist, und wiederum nachdenken über das, was kommen soll, dieses forderte er als Grundlage zu einer richtigen Stellungnahme gegenüber der jetzigen Unmöglichkeit aus der Ueberhebung, mit der wir in den Krieg eingegangen seien, aus dem Unrecht, das wir an Belgien durch unseren Einmarsch begangen und wodurch wir den Ruhm von diesem Augenblick ab moralisch verloren hätten, an dem U-Bootkrieg, der Amerika auf den Plan rief, an dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und endlich an die militärische Diktatur, der das Menschenleben nicht heilig gewesen sei, und die im Innern durch die Zensur die Wahrheit unterdrückt und durchs Kriegspresseamt die Volk falsch unterrichtet habe, zog er den Schluß, daß all so kommen mußte, wie wir es heute sehen. Eingeleitet auf die Gefährlichkeit der Revolution führte der Redner folgende aus: Nach den Normen des jetzigen Ordnungsstaates ist die Revolution stets zu verdammen. Aber nach dem treffenden Satz des Staatsrechtslehrers Meiner, wonach die Rechtsordnung eines Staates Ausdruck der jeweilig vorherrschenden Klassen bildet, daß die Revolution ihre Berechtigung in der Befreiung der Entwicklung, die nach der bestehenden Rechtsordnung nicht mehr weiter voranzutreiben kann, in der Befreiung der Fragen der Zukunft. Nach Sicherung der materiellen Demokratie, die sich als Rede, Preß- und Koalitionsfreiheit verkörpert sowie im gleichen Wahlrecht begründet ist, fordert er die Nationalversammlung; denn die alte Diktatur dürfe nicht in eine Diktatur des Proletariats ausarten. Gewalt trage den Keim sichern Verfalls in sich. Das alte System sei gefallen, und das neue Deutschland müßte auf einer neuen Gesellschaftsordnung gegründet sein. Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung, alles zur Versorgung der Großstädte, von deren Haltung unendlich abhängen, daranzusetzen, schloß der Redner den Vortrag ab. Mehrfaches Bravo während und zahlreicher Beifall am Schluß des Vortrages lohnte den Redner. Sicher hätte aber eine Diskussion eine weitere Klärung der Meinungen gebracht, da nicht alle Ausführungen des Redners ungeteilt aufgenommen wurden.

o Die privaten Lebensmittelvorräte in Frankfurt beschlagnahmt. Alle in privaten Haushaltungen befindliche Lebensmittelvorräte wurden durch die Bevollmächtigten des NSD beschlagnahmt und müssen spätestens am 23. November, bis auf einen jedem Haushalt zureichende Rest, abgeliefert werden. Wer gegen die Verordnung verstößt, hat sich vor dem NSD zu verantworten.

Für die Schriftleitung und Angelegenheiten verantwortlich:  
Theodor Rischhöfer in Hachenburg.

## Die 7. Armee in der Rheinprovinz und in Hessen-Nassau.

Die 7. Armee ist in die Rheinprovinz und in Hessen-Nassau eingerückt. Ich übernehme vom 21. 11. ab im Durchmarschgebiet der 7. Armee die militärische Kommandogewalt.

Ich bitte um die Unterstützung sämtlicher Behörden. Alle Dienststellen der Armee sind auf Befehl der Obersten Heeresleitung angewiesen, nur mit den militärischen Kommandobehörden und den Behörden der zivilen Verwaltung zu verhandeln. Nach Erlaß der Regierung und der Obersten Heeresleitung steht den Arbeiter- und Soldatenräten keinerlei Eingriffe in die Kommandogewalt zu, die allein in den Händen der militärischen Kommandostellen liegt.

Die Unterbringung der Armee (über 350 000 Mann und 150 000 Pferde) wird starke Anforderungen an die Bevölkerung stellen, da nicht manöverähnliche Unterbringung, sondern engste Belegung nötig ist, um die aus der Front heimkehrenden Truppen gegen die Unbilden des Winters zu schützen. Es muß die Ehrenpflicht jedes Bürgers sein, hierbei unter Zurückstellung der eigenen Bequemlichkeit tätig mitzuhelfen.

Der Oberbefehlshaber

gez.: von Boehn.

Generallieutenant.

### Braves fleißiges Mädchen

welches melken kann, für  
gegen guten Lohn

Frau Jos. Roedig  
Ristmühle b. Hachenburg

Eine junge tragende

Saanen-Ziege

zu verkaufen.

Friedrich Schröder  
Hachenbach.

In unserer Abteilung

Lebensmittel

Rote Rüben

Gelbe Rüben

Meerrettig

Lauch

Sellerie

Warenhaus

S. ROSENAU

Hachenburg.

Helene Windhagen

Karl Schuhen

Verlobte

Oberhattert

Betzdorf

im November 1918.

Für die Weihnachtszeit

empfehle meine  
reichhaltige Auswahl  
in

Spielwaren.

Hachenburg. Jos. Schwan.

Papierservietten, glatt und gepreßt  
Pergamentpapier in Rollen und großen Bogen  
Briefpapier mit Umschlägen und Kartenbriefe  
empfehlen Buchhandlung Th. Rischhöfer, Hachenburg.

Hochofenarbeiter

gesucht.

Actiengesellschaft Charlottenhütte  
Niederschelden, Sieg.